

Das Europäische Semester für Verteidigung und die 5 % für NATO-Polizeieinsätze

Vielleicht ist es an der Zeit, dass wir die Rolle der EU und unsere Zukunft ohne sie hinterfragen müssen.



17. September 2025 | Hugo Dionísio

Nur wenige haben über das wichtigste Instrument gesprochen, das Ursula von der Leyen in ihrer Rede zur Lage der Union angekündigt hat. Ich bin mir bewusst, dass es schwierig ist, aus einer Vielzahl von Projekten und Vorhaben auszuwählen, von denen die meisten nur von denjenigen diskutiert werden, die Zugang zu der monolithischen bürokratischen Maschinerie in Brüssel haben, sei es auch nur als Zuschauer.

Die Anzahl der Programme, Projekte, Berichte, Taxonomien, Reisepläne und so vieler anderer Instrumente ist enorm. In ihrer Ausgereiftheit haben sie unweigerlich wichtige Auswirkungen auf unser Leben. Dennoch verbergen ihre technokratische Komplexität und detaillierte Projektion nur eine komplizierte Top-Down-Entscheidungsmaschine, die weitgehend nur auf externe Impulse von Organisationen wie der NATO, dem Weltwirtschaftsforum und den Think Tanks reagiert, die wie durstige Pilze am Rande dieser neokolonialen Konstruktionen wachsen.

Jeder „moderate“ europäische Bürger, der sich aufgrund seiner „Moderation“ aus politischen Angelegenheiten heraushält, würde sich angesichts dieser Fülle an Gruppen, Instituten, Direktionen, Kommissionen, Beiräten, technischen Konsortien und Lobbyisten verloren, überfordert und ertränkt fühlen. Ein Eintauchen in diese Realität würde nur bestätigen, was sie tief in ihrem Inneren wissen, aber gerne vor sich selbst verbergen: dass diese bürokratische Maschinerie ein Eigenleben führt und sich völlig außerhalb der tatsächlichen Bestrebungen der Bürger bewegt. Ihr Leben ist so weit entfernt wie ihre Handlungen weitreichend sind – auf europäischer und internationaler Ebene.

Und es wird von diesem ebenso monumentalen wie undurchsichtigen Orchester geschützt, das täglich Tausende von Seiten mit Informationen produziert, die nur wenige lesen, dass der Präsident der EU-Kommission angekündigt hat, die EU werde ein [Europäischen Semester](#) für Verteidigung einführen. Einfach so. Ohne Diskussion, ohne Reflexion, ohne öffentliche Konsultation, ohne irgendetwas. Eine genaue Prüfung der wichtigsten Instrumente, die die jüngste „Verteidigungsstrategie“ der EU verkörpern, vom [Weißbuch zur europäischen Verteidigung – Verteidigung 2030](#) bis zum [Reflexionspapier zur Zukunft der europäischen Verteidigung – EU-Kommission](#), zeigt, dass keines davon in irgendeinem Absatz etwas über die Notwendigkeit eines „Europäischen Semesters für Verteidigung“ erwähnt.

Das wirft für mich folgende Fragen auf: Auf welcher Grundlage wurde diese Entscheidung getroffen? Wer hat sie getroffen? Wer hat sie konzipiert? Woher stammt die Idee? Ist die bürokratische Maschinerie, die von der Leyen zur Verfügung steht, eine Art „World of Warcraft“-Spiel, in dem jedoch unsere Leben die wahren Avatare sind?

In Anlehnung an das bereits etablierte Europäische Semester für wirtschaftliche und soziale Fragen, das darauf abzielt, die Wirtschafts- und Haushaltspolitik zu koordinieren und Empfehlungen für die Erreichung der Ziele des Stabilitäts- und Wachstumspakts abzugeben, wirft seine defensive Version entscheidende Fragen über die künftige Souveränität der Mitgliedstaaten und die Konzentration von noch mehr Macht in Brüssel auf, wohl wissend, dass Brüssel bei weitem nicht der Ort ist, an dem diese Macht gespeichert ist, sondern dass sie an noch unsichereren, aber nicht weniger unbekanntem Orten gespeichert ist, aus denen die doppelten Wesen, die die europäische Bürokratiemaschine bilden, ihre Legitimität beziehen.

Wir können uns damit trösten, dass die Idee eines Mechanismus zur Verteidigungs-Koordinierung innerhalb der EU nicht ganz neu ist. In den Reden nicht gewählter Brüsseler Beamter finden sich zahlreiche Äußerungen über die Notwendigkeit, diese „defensiven“ Bemühungen zu koordinieren. Ihre Existenz ist nicht überraschend, da der dritte Pfeiler des europäischen Aufbauwerks, die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik, in den Gründungsdokumenten der Union verankert ist.

Wir wissen auch, dass ein Grund dafür, dass diese dritte Säule nie vorangekommen ist, die Existenz der NATO und die übergeordneten Interessen der USA waren, die der Erweiterung dieses Bündnisses Vorrang einräumten, was uns, wie viele sagten und wenige hören oder glauben wollten, zu Krieg in Europa und Militarismus führte. Was jetzt geschieht, wurde vor Jahrzehnten vorhergesagt, aber die Schuld liegt bei der Russischen Föderation! Es muss immer ein Ziel geben, auf das man den Pfeil richten und schießen kann.

Was uns an der von Ursula von der Leyen angekündigten Strategie beunruhigen sollte, hängt mit der Art des gewählten Instruments zusammen, nämlich einem der Instrumente, das am stärksten in die Souveränität der Mitgliedstaaten eingreift und unter dem Deckmantel einfacher „spezifischer Empfehlungen“ zur makroökonomischen Politik festlegt, welche Wirtschaftspolitik jeder Mitgliedstaat verfolgen soll.

Instrumente wie die Struktur- und Kohäsionsfonds tragen dazu bei, diese „Empfehlungen“ in faktische Verpflichtungen umzuwandeln, die davon abhängen, inwieweit ein Mitgliedstaat mehr oder weniger in öffentliche Dienstleistungen investiert, das Arbeitsrecht dereguliert, privatisiert

oder die berühmten „öffentlich-privaten Partnerschaften“ fördert, die unter dem Deckmantel der „Risikoteilung mit dem privaten Sektor“ und „Reformen für Wettbewerb und Effizienz“ getarnt sind, aber genau das Gegenteil bewirken, nämlich die Aufteilung von Ressourcen, sogar durch deren Regulierung, um den „Investoren“-Konsortien [ewige Rentabilität](#) zu garantieren.

Wir sollten uns auch nicht davon beruhigen lassen, dass der gewählte Zeitpunkt mit einer Phase völliger Verwirrung und einer Umkehrung der Rollen von NATO und EU zusammenfällt. Man betrachte nur den Fall der Ukraine und Moldawiens: Da die Voraussetzungen fehlen, um diesen Nationen den Beitritt zur NATO mit Gewalt aufzuzwingen, wird dieser Beitritt als Beitritt zur Europäischen Union getarnt, einer Struktur, die durch ihre Politik der „Koordinierung“ im Verteidigungsbereich das NATO-Projekt auch denen aufzwingt, die diesem politisch-militärischen Block nicht beigetreten sind.

Nachdem Mark Rutte die Zustimmung aller NATO-Staaten zur Erhöhung der Verteidigungsausgaben auf 5 Prozent des BIP gesichert hatte, nachdem die Präsidentin der EU-Kommission diese Vereinbarung so überschwänglich und vehement verteidigt hatte, und genau einen Tag nach der Ankündigung von Donald Trump und seinem wirtschaftlich profitableren „Sohn“ – dem NATO-Generalsekretär – verkündet hatte, segnet sie uns mit einem „Schub“ (sie liebt diese „amerikanisierten“ Slogans) für die europäischen Verteidigungsausgaben. Damit nicht genug, winkt sie nun mit dem Instrument, das sicherstellen wird, dass die europäischen Länder dieses Ziel erfüllen müssen.

Fragen wir uns nun: Wann hat jemand dafür gestimmt, Herrscher zu wählen, die ihrem Volk ehrlich versprochen haben, dass sie Geld aus ihren Renten, Bildung, Gesundheit und Wohnraum für amerikanische, deutsche, französische oder spanische Waffen ausgeben würden? Nur diejenigen, die nicht wissen, was das Europäische Semester als jährliches Instrument zur Koordinierung der Wirtschafts- und Sozialpolitik der EU (Europäisches Semester) ist, sollten sich nicht von dem „Sozialen“ täuschen lassen und können beruhigt sein.

Von der Leyens Anspruch ist einfach: Sie will ein Europäisches Semester für Verteidigung als Rahmen nutzen, um die Verteidigungsziele der Mitgliedstaaten mit den imperialen Ambitionen der EU und damit auch mit den Verpflichtungen der NATO in Einklang zu bringen und eine koordinierte Erhöhung der Verteidigungsausgaben sowie die Entwicklung gemeinsamer Fähigkeiten zu fördern. Und wie stellt die EU sicher, dass die Mitgliedstaaten sich daran halten? Auf die gleiche Weise wie im Europäischen Semester für Wirtschaftspolitik. Durch den Einsatz des Europäischen Verteidigungsfonds und aller verfügbaren Mittel für den „Plan zur Wiederbewaffnung Europas / Readiness 2030“ oder die SAFE (Europäische Verteidigungsindustrie-Strategie).

Diejenigen, die die Empfehlungen umsetzen, erhalten Mittel; diejenigen, die dies nicht tun, gehen leer aus. Beachten Sie, dass dies so gut durchdacht ist, dass die Kommissionspräsidentin in ihrer Rede zur Lage der Union 2025 sogar eine Prämie für alle angekündigt hat, die Waffen kaufen, um sie an die Ukraine zu liefern. Das heißt, die Fortsetzung des Krieges mit der Russischen Föderation bringt sogar Boni! Was muss Trump zu der Dame gesagt haben, dass sie sich zu so etwas gezwungen fühlte?

Wenn die Erhöhung der Gehälter von Lehrern und Ärzten, der Bau von Wohnungen für Arbeitnehmer, die aufgrund der Anhäufung von Immobilienvermögen in Spekulationsfonds auf der Straße

landen, der Bau von Krankenhäusern oder Schulen – all dies muss im Rahmen der Regeln des Stabilitätspakts erfolgen –, dann ist für die Verteidigung eine Aktivierung nationaler Ausnahmeregelungen für Haushaltsausgaben vorgesehen. Es wäre überflüssig zu sagen, dass dies die Verschuldung der Mitgliedstaaten drastisch erhöhen wird, was sich unweigerlich negativ auf die Gewährleistung öffentlicher Dienstleistungen für die Bürger auswirken wird.

Wieder einmal stellt sich mir die Frage: Wann hat jemand dafür gestimmt, Investitionen in bessere Lebensbedingungen gegen Investitionen in Krieg einzutauschen?

Die Einführung eines Europäischen Semesters für Verteidigung würde, wenn sie realisiert würde, ein komplexes Geflecht von Interaktionen zwischen der NATO, der EU und den Mitgliedstaaten mit sich bringen, das angesichts des aggressiven Charakters des Atlantischen Bündnisses nur dazu führen würde, dass der Kauf von Waffen, ihre permanente Aufstockung, die Garantie, dass Kriege beginnen, aber niemals enden, mangels Bereitschaft zum Dialog – siehe jetzt die polnische Weigerung in Bezug auf Drohnen –, die Unterwerfung der Mitgliedstaaten unter die Diktate eines gierigen militärisch-industriellen Komplexes, alles unter einem verstärkten Netz europäischer politisch-wirtschaftlicher Kontrolle.

Auf diese Weise garantiert Ursula Trump den Kauf der versprochenen Waffen. Vielleicht ist es gar nicht so falsch, ein „Europäisches Semester für nordamerikanisches LNG“ vorherzusagen. Tatsache ist, dass es angesichts der Funktionsweise militaristischer Staaten nicht einmal sinnvoll ist, zu fragen, was mit der bereits schwindenden Freiheit geschehen wird...

Es besteht daher kein Zweifel daran, dass die Einführung dieses „Europäischen Semesters für Verteidigung“ folgende Auswirkungen haben wird:

Eine zunehmende Förderung der Übertragung und Vermischung der Ansprüche der NATO mit denen der EU: Die Grenze zwischen den Zuständigkeiten der NATO und der EU im Verteidigungsbereich war schon immer verschwommen. Ein Europäisches Semester für Verteidigung könnte diese Überschneidung festigen und möglicherweise zu einer stärkeren Harmonisierung der Fähigkeiten und Investitionsanforderungen führen, wodurch die enge Beziehung zwischen NATO und EU institutionalisiert und die gesamte europäische Politik den militärischen Interessen derjenigen unterworfen würde, die das Bündnis kontrollieren – den USA.

Schwächung der Souveränität der Mitgliedstaaten: Dies ist vielleicht der heikelste Punkt. Durch die Übertragung von Empfehlungs- und Koordinierungsbefugnissen in Verteidigungsfragen an die EU-Kommission riskieren die Mitgliedstaaten, einen erheblichen Teil ihrer Souveränität abzugeben. Die Verteidigungspolitik ist traditionell einer der Grundpfeiler der nationalen Souveränität. Ein Europäisches Semester für Verteidigung könnte Investitionskriterien und Prioritäten für die Entwicklung von Fähigkeiten vorschreiben, zu deren Einhaltung die Mitgliedstaaten unter Druck gesetzt würden, wodurch ihre Fähigkeit eingeschränkt würde, ihre Verteidigungsstrategie auf der Grundlage ihrer eigenen Bedrohungswahrnehmung und nationalen Prioritäten autonom zu definieren.

Wie Entscheidungen im Zusammenhang mit der Verteidigung andere Bereiche beeinflussen würden, ohne dass die Entscheidung bei den Mitgliedstaaten liegt, wodurch strategische Entscheidungen der demokratischen Kontrolle entzogen würden: Das Europäische Semester für Wirtschaft und Beschäftigung schränkt bereits jetzt öffentliche Investitionen auf der Grundlage von Defizit-, Staatsverschuldungs- und Wachstumskriterien ein.

Die Einführung eines Europäischen Semesters für Verteidigung, das die Notwendigkeit mit sich bringen würde, die von der NATO und der EU-Kommission festgelegten militärischen Investitionsziele zu erreichen, könnte dieses Dilemma noch verschärfen. Die Mitgliedstaaten könnten sich gezwungen sehen, Ressourcen aus wichtigen Bereichen wie Infrastruktur, Gesundheit, Bildung und Energiewende abzuziehen, um den Verteidigungsanforderungen gerecht zu werden. Diese Priorisierung der Militärausgaben zum Nachteil sozialer und wirtschaftlicher Investitionen könnte tiefgreifende Folgen für das Wohlergehen der Bürger und die nachhaltige Entwicklung haben.

Die Zentralisierung der Macht in Brüssel und die Gefahren für Demokratie und Frieden: Ein Europäisches Semester für Verteidigung, das die Entscheidungs- und Koordinierungsbefugnisse in Brüssel konzentriert, birgt die Gefahr, das bereits bestehende „Top-down“-System zu verstärken, in dem die Mitgliedstaaten lediglich zu Ausführenden der von einer europäischen Bürokratie beschlossenen Politik werden. Diese übermäßige Zentralisierung wirft ernsthafte demokratische Bedenken auf.

Entscheidungen über Militärausgaben und Verteidigungsprioritäten haben direkte Auswirkungen auf das Leben der Menschen und auf die nationale Sicherheit. Wenn diese Entscheidungen in beträchtlicher Entfernung von den Wählern und ohne nennenswerte Beteiligung der nationalen Regierungen und Parlamente getroffen werden, besteht die Gefahr, dass die demokratische Legitimität und Rechenschaftspflicht untergraben werden. Das Fehlen einer robusten und inklusiven öffentlichen Debatte über diese Politikbereiche kann dazu führen, dass wichtige Entscheidungen von einer Elite getroffen werden, ohne dass die Friedensbestrebungen der Mehrheit der Bevölkerung berücksichtigt werden.

Der Vorschlag für ein Europäisches Semester für Verteidigung wird zwar als Instrument zur Stärkung der europäischen Sicherheit und Koordinierung präsentiert, wirft jedoch ernsthafte Fragen hinsichtlich Demokratie und Souveränität auf, die über die Kriterien der Sicherheit, Unabhängigkeit und Autonomie hinausgehen, die für Entscheidungen maßgeblich sein sollten, die das Leben von Hunderten Millionen Europäern betreffen.

Seine Konzeption und Umsetzung, die von einem weit entfernten Gipfel aus ohne echte Beteiligung der Bevölkerung und sogar der nationalen Regierungen erfolgt, verstärkt und institutionalisiert einen äußerst gefährlichen Präzedenzfall. Die Geschichte hat gezeigt, dass wichtige Entscheidungen über Krieg und Frieden, wenn sie ohne breite demokratische Debatte getroffen werden, katastrophale Folgen haben können.

Jeder Initiative zur Koordinierung der Verteidigung in Europa muss eine strenge öffentliche Kontrolle und eine offene und inklusive Debatte vorausgehen, um sicherzustellen, dass Entscheidungen nicht nur Sicherheitsbelange widerspiegeln, sondern auch die Friedens- und Wohlstandsbestrebungen aller europäischen Völker berücksichtigen. Das Risiko, dass diese Politik, die nur von einer Minderheit der Mächtigen konzipiert und von einer Minderheit nicht gewählter Bürokraten ausgearbeitet wurde, uns in eine Zukunft voller Konflikte führt und dabei den Willen der Mehrheit missachtet, ist eine Realität, die nicht ignoriert werden darf.

Entgegen der landläufigen Meinung sollten diejenigen, die Frieden wollen, nicht auf Aufrüstung setzen, sondern auf Wissen, soziale und wirtschaftliche Entwicklung, Freundschaft, Liebe, Verständnis, Toleranz, Zusammenarbeit und Diplomatie. Das sind die Waffen des Friedens und des Wohlstands, und sie sind die einzigen, die uns in eine strahlende Zukunft führen können.

Stattdessen ist der von Brüssel unter dem starken Einfluss von Gruppen, die im Zweiten Weltkrieg besiegt wurden, vorgeschlagene Weg ein Weg der Unterwerfung, Vernichtung und Zerstörung. Nichts Gutes kann aus dem Hass, Fanatismus und der Intoleranz derjenigen entstehen, die nicht einmal in der Lage sind, ihrem Gegner zuzuhören, sich ihm zu stellen und mit ihm in Dialog zu treten.

Der Begriff, den von der Leyen während ihrer Amtszeit als Präsidentin der EU-Kommission am häufigsten verwendet hat, lautet „wir müssen“.

Vielleicht ist es an der Zeit, dass wir die Rolle der EU und unsere Zukunft ohne sie hinterfragen müssen.